

Antrag der Fraktion der CDU**Keine Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Bremen und Bremerhaven!**

Nach Bekanntwerden von manipulierten Stickoxid-Messungen und geschönten CO₂-Werten von Dieselfahrzeugen wird verstärkt für ein Dieselfahrverbot in hochfrequentierten Städten geworben. Auch für Bremen schließt der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr eine Einführung nicht aus, obwohl der gesetzlich zulässige Wert von 40 µg/m³ im vergangenen Jahr nur an einer, von insgesamt acht Messstellen, um 1 µg/m³ überschritten wurde. Allein die Debatte über eine mögliche Einführung eines Fahrverbots für Diesel hat dazu geführt, dass im April 25 % weniger Diesel-Autos als im Vorjahreszeitraum in Bremen verkauft wurden.

Von einem Fahrverbot für Dieselfahrzeuge wären nicht nur Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, sowie Berufspendlerinnen und Berufspendler betroffen, sondern auch der ÖPNV, das Taxigewerbe und Unternehmen, insbesondere kleinere Handwerksbetriebe, die sich keinen neuen Fuhrpark leisten können. Auch das Taxigewerbe würde vor großen Herausforderungen stehen, weil 85 % der Fahrzeuge ausgetauscht werden müssten. Statt auf weitere Verbote, die zu ökonomischen Nachteilen vieler führen, zu setzen, sollte die Politik das Gespräch mit den führenden Automobilherstellern suchen. Nur so kann langfristig an einer „sauberen“ Lösung für unsere Straßen gearbeitet werden. Neben diesen wichtigen Gesprächen, hat auch die Politik eine Vorbildfunktion. Der Senat nimmt diese Funktion nicht wahr und verkauft stattdessen seine zwei letzten Elektroautos. Auch als Aufsichtsratsvorsitzender der BSAG zeigt der Bremer Verkehrssenator kein erhöhtes Engagement, Dieselsebuse, die erheblich zu den Messergebnissen beitragen, gegen Elektrobuse auszutauschen. Bevor Bremerinnen und Bremer verunsichert werden, sollte der rot-grüne Senat nicht weiter auf die Bremse treten, wenn es um Elektromobilität in den eigenen Behörden oder stadteigenen Betrieben geht und mit gutem Beispiel vorangehen. Ein „Flickenteppich-Fahrverbot“ macht für Bremen keinen Sinn und wird auch kaum zu kontrollieren sein.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Einführung eines Fahrverbots für Dieselfahrzeuge in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven ab und fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene gegen etwaige Bestrebungen einzusetzen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, in Verwaltungen, senatorischen Dienststellen und Eigenbetrieben, insbesondere bei der BSAG, verstärkt auf alternative Antriebstechnologien zu setzen und den Ausbau verstärkt zu fördern.

Heiko Strohmann, Frank Imhoff, Silvia Neumeyer,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU